

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/11950 –**

Für Wachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit – Die deutsche Wirtschaft braucht jetzt ein Sofortprogramm

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, der Rezession und Deindustrialisierung in Deutschland entgegenzuwirken und ein „Sofortprogramm“ für die deutsche Wirtschaft aufzulegen. Deutschland brauche eine Wirtschafts- und Wachstumswende, eine Offensive für neue Wirtschafts- und Innovationskraft, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11950 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2024

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Bernd Westpahl
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Bernd Westphal

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/11950** wurde in der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Juni 2024 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU sieht den Wirtschaftsstandort Deutschland durch eine schrumpfende Wirtschaft und eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zunehmend als gefährdet an. Die wirtschaftliche Lage bleibe angespannt. Der Internationale Währungsfonds und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hätten ihre Wachstumsprognosen für das Jahr 2024 deutlich nach unten korrigiert. Nach dem internationalen Standortranking des International Institute for Management Development IMD büße Deutschland weiter an Wettbewerbsfähigkeit ein und sei von Platz 15 im Jahr 2022 nun auf Platz 24 abgerutscht. Die Bundesregierung steuere dieser Entwicklung nicht entgegen und verharre im Ankündigungsmodus. Deutschland brauche ein „Sofortprogramm“ für eine Wirtschafts- und Wachstumswende. Anträge der Fraktion der CDU/CSU mit Vorschlägen, die darauf abzielten, eine neue Wachstumsdynamik zu entfachen, würden seit Monaten von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Wirtschaftsausschuss blockiert.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung deshalb auf, im Interesse der Wirtschaft sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unverzüglich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit die deutsche Wirtschaft schnell aus der Rezession herausfindet. Konkret fordert die Fraktion die Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns, um die Arbeitskosten in Deutschland wieder wettbewerbsfähiger zu machen. Zudem sollten Überstunden für Vollzeitbeschäftigte steuerlich begünstigt werden und die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentner steuerfrei sein. Eine weitere Forderung bezieht sich auf die Abschaffung des Bürgergeldes und auf die Einführung einer neuen Grundsicherung, um die Arbeitsaufnahme stärker zu fördern als Arbeitslosigkeit. Weiter fordert die Fraktion, Unternehmen steuerlich durch eine schrittweise Senkung der Steuern für im Unternehmen verbleibende Gewinne auf 25 Prozent zu entlasten und die Stromsteuer dauerhaft und für alle auf das europäische Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde zu senken sowie die Netzentgelte zu halbieren. Zudem müssten Planungs- und Genehmigungsprozesse erheblich beschleunigt und das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz aufgehoben werden. Auf die weiteren Forderungen im Antrag wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11950 in seiner 114. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11950 in seiner 99. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/11950 in seiner 88. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 20/11950 in seiner 67. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/11950 in seiner 85. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/11950 in seiner 77. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/11950 in seiner 117. Sitzung am 25. September 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/11950 in seiner 81. Sitzung am 25. September 2024 gemeinsam mit den Anträgen der Fraktion der CDU/CSU auf den Drucksachen 20/10985, 20/10371, 20/8413 und 20/11144 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, sie habe frühzeitig auf die sinkende Wirtschaftsleistung und den Verlust von Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland aufmerksam gemacht. Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Deutschen Bundestag hätten sich jedoch über Monate hinweg einer Aussprache über die von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Anträge im Wirtschaftsausschuss verweigert. Die Fraktion der CDU/CSU habe den Eindruck gewonnen, dass die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag beziehungsweise die Bundesregierung zwar vom grünen Wirtschaftswachstum und vom wirtschaftlichen „Turnaround“ sowie vom wirtschaftsfreundlichsten Bundeskanzler, den Deutschland seit Langem habe, sprächen, letztlich aber die Antworten auf die bestehenden wirtschaftlichen Herausforderungen schuldig blieben. In Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage in Deutschland wäre eine frühzeitige Auseinandersetzung mit den Forderungen und Vorschlägen der Fraktion der CDU/CSU, die infolge der späten Behandlung nun teilweise überholt seien, geboten gewesen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, die Bundesregierung habe viele Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage auf den Weg gebracht. Der Fraktion der SPD mangle es an Seriosität in den Anträgen der Fraktion der CDU/CSU, da ihre Forderungen nicht mit entsprechenden Finanzierungsvorschlägen hinterlegt worden seien. Die Bundesregierung habe mit der neuen Wachstumsinitiative ein gutes Paket geschnürt, das die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessere, und es bestehe für alle die Chance, die Maßnahmen dieser Wachstumsinitiative zu unterstützen. Die Anträge der Fraktion der CDU/CSU enthielten mit der Abschaffung des Bürgergeldes und den weiteren Forderungen, die darauf abzielten, die Arbeitsaufnahme stärker zu fördern, Vorschläge, die die bestehende Rechtslage bereits berücksichtige. Auch deshalb würden die Anträge der Fraktion der CDU/CSU durch die Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** räumte ein, die Situation der deutschen Wirtschaft sei ernst. Lösungen müssten gefunden werden, um den Wohlstand in Deutschland nachhaltig zu sichern und um weiter wettbewerbsfähig zu sein. Deutschland befinde sich mittendrin in einer großen Transformation weg von den alten analogen Geschäftsmodellen hin zu einer digitalisierten und dekarbonisierten Wirtschaft. Dies sei ein globaler Trend. Beispielsweise hätten sich im Vergleich zum Jahr 2010 die globalen Absatzmärkte für Elektroautos 15-mal vergrößert und der globale Ausbau von Solaranlagen 75-fach. Das seien jedenfalls die Herausforderungen, auf die sich die Wirtschaft entsprechend vorbereiten müsse. Jedenfalls sehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

in den Unionsanträgen nicht den Hauch einer Antwort auf die großen wirtschaftlichen Herausforderungen der Exportnation Deutschland. Es bleibe bei der Ablehnung der Unionsanträge.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich den Ausführungen der Fraktion der SPD an. Es fehle insbesondere an einer seriösen haushalterischen Hinterlegung von Mitteln im Bundeshaushalt oder an einer seriösen Gegenfinanzierung, um die von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten wirtschaftspolitischen Vorschläge umzusetzen. Der Fraktion der FDP sei es deshalb wichtig, dass die aktuell eingebrachte Wachstumsinitiative der Bundesregierung „Neue wirtschaftliche Dynamik für Deutschland“ eng mit dem Haushalt verbunden werde, damit nicht nur Maßnahmen allgemein aufgezeigt würden, sondern auch, wie diese Maßnahmen erfolgreich im Bundeshaushalt bei Einhaltung der Schuldenbremse umgesetzt werden könnten.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte die späte Behandlung der Unionsanträge im Wirtschaftsausschuss. Die Fraktion betonte, dass bereits vor Monaten, wenn nicht vor Jahren, viele der jetzigen Forderungen der Fraktion der CDU/CSU von der AfD-Fraktion erhoben worden seien. Den Anträgen der AfD sei jedoch nicht zugestimmt worden. Unabhängig hiervon kritisierte die Fraktion der AfD, eine „Klimatransformation“ würde durch die Fraktion der CDU/CSU letztlich akzeptiert. Es werde nicht darauf abgestellt, was die Wirtschaft in Deutschland wirklich brauche. Die Bundesregierung fahre jedenfalls eine Politik gegen die Menschen in Deutschland. Die Bürgerinnen und Bürger hätten erkannt, dass dies nicht funktioniere, die Wirtschaft gehe bergab. Deutschland sei der kranke Mann Europas. Die Fraktion der AfD habe jedenfalls die besseren Konzepte für eine Wirtschaftswende. Es werde Zeit, dass es in Deutschland wieder bergauf gehe.

Die **Gruppe Die Linke** sah insbesondere die Forderung der Fraktion der CDU/CSU für eine Deckelung der Sozialabgaben als kritisch an. Im Ergebnis laufe dies auf eine Rentenkürzung und auf eine Kürzung im Gesundheitsbereich hinaus, wenn keine weiteren Maßnahmen ergriffen würden. Die Äußerungen der Fraktion der CDU/CSU zur Höhe des Bürgergeldes und zum Lohnabstandsgebot hielten keiner Überprüfung stand. Zudem seien die Vorschläge für eine Steuersenkung nicht gegenfinanziert. Die Gruppe Die Linke stimme den Anträgen der CDU/CSU-Fraktion jedenfalls nicht zu.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11950.

Berlin, den 25. September 2024

Bernd Westphal
Berichterstatter

